



DAS ZITAT

»Ich jedenfalls kämpfe um jede Seele, auch um die meiner Generalsekretärin«

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel über den Dissens mit der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi zur Frage, ob man mit Pegida-Anhängern reden sollte

NAMEN + NACHRICHTEN

Bezahlung in der Pflege

BERLIN. Karl-Josef Laumann (CDU), Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, hat die schlechte Bezahlung in der Altenpflege kritisiert. Um junge Menschen dafür zu gewinnen, seien endlich flächendeckend faire Löhne notwendig, so Laumann. »Wenn in allen Bundesländern die Fachkräfte der Altenpflege gegenüber vergleichbaren anderen Fachkräften bis zu 19 Prozent weniger verdienen, läuft etwas falsch.« (dpa)

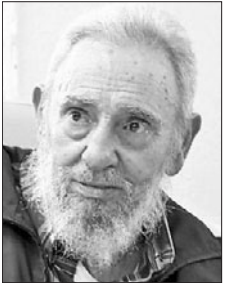
Buschkowsky tritt zurück



Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky tritt aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. FOTOS: DPA

BERLIN. Heinz Buschkowsky, der langjährige und bundesweit prominente Bürgermeister des Berliner Problembezirks Neukölln, tritt ab. Der 66-jährige streitbare Sozialdemokrat hat Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) gebeten, ihn zum 1. April aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand zu versetzen, bestätigte sein Büro gestern. (dpa)

Fidel Castro für die USA



Fidel Castro meldet sich mit einem Brief, in dem er sich für die Annäherung mit den USA ausspricht, in der Öffentlichkeit zurück.

HAVANNA. In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zur diplomatischen Versöhnung zwischen seinem Land und den USA hat Kubas Revolutionsführer Fidel Castro die Annäherung der beiden Länder begrüßt. Zugleich bekräftigte er sein Misstrauen gegenüber dem alten ideologischen Feind. »Ich traue der Politik der USA nicht und habe mit ihnen kein Wort gewechselt«, schrieb der 88-Jährige in einem Brief, der im Staatsfernsehen vorgelesen wurde. »Dies bedeutet aber auf keinen Fall eine Ablehnung einer friedlichen Lösung der Konflikte oder Kriegesgefahren«, ergänzte der langjährige kubanische Machthaber. Durch die lange Abwesenheit Castros waren Spekulationen über seinen Tod in Umlauf. (dpa)

PRESSESPIEGEL

»Geringer Handlungsspielraum«

Deutschland sollte flexibler auf die Forderung der Griechen nach Schuldenerlass reagieren, was auch für andere Länder der Eurozone gilt. Die schlechte Wirtschaftslage Europas untergräbt die Glaubwürdigkeit der Politiker traditioneller Parteien und gibt linken Populisten und rechten Rassisten Auftrieb. Doch Angela Merkel hat völlig zu Recht betont, dass Europas Sozialsysteme zu teuer sind. Griechenland hat nur geringen Handlungsspielraum.

THE TIMES, London

Redaktion Politik/Nachrichten

Tel. 071 21/302-0 Fax 071 21/302-677

-316 Davor Cvrjle (cvr) -318 Emanuel Schürer (eks)
-312 Roland Bengel (rob) -329 Brigitte Gisel (sel)
-313 Jürgen Rahmig (jr) E-Mail: politik@gea.de

600 Millionen Euro für Impfallianz

BERLIN. Deutschland stellt der globalen Impfallianz Gavi in den kommenden fünf Jahren 600 Millionen Euro zur Verfügung. Es sei auch angesichts der Herausforderungen durch Ebola entschieden worden, den Beitrag für die kommende Periode zu erhöhen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei

der internationalen Geberkonferenz in Berlin. Merkel und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hatten im November angekündigt, dass Deutschland der Impfallianz bis 2020 rund 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen will. 2014 hatte Deutschland die Impfallianz mit 38 Millionen unterstützt. (dpa)

Verfassungsschutz alarmiert: Kinder im Dschihad

MAINZ. Islamisten aus Deutschland sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes mit ihren Kindern in die Kriegsgebiete in Syrien und im Irak ausgewandert. »Wir gehen von einem unteren zweistelligen Bereich aus«, sagte Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, dem

ARD-Magazin »Report Mainz«. Gleichwohl bereite die Gruppe den Behörden Sorgen: »Nicht zuletzt deshalb, weil die Eltern, die dschihadistisch geprägt sind, versuchen, ihre Kinder zu indoktrinieren, versuchen, sie zu einer neuen Generation von Dschihadisten aufzubauen.« So sollen 2014 eine Frau aus Osna-

brück mit ihrer vierjährigen Tochter sowie ein Salafist aus Mainz mit sechs seiner Kinder Richtung Syrien ausgewandert sein. Die zum Islam konvertierte Osna-brückerin habe eine Abschieds-Mail mit den Worten »Wir sehen uns wieder im Paradies« beendet, sagte ein Staatsanwalt aus Hannover. (dpa)



Heftiges Artillerief Feuer: Raketen aus Syrien schlagen auf Golan ein

Zwei aus Syrien abgefeuerte Raketen sind gestern auf den von Israel besetzten Golanhöhen eingeschlagen. Das israelische Militär antwortete mit heftigem Artilleriebeschuss von Positionen auf der syrischen Seite der Golanhöhen (Foto), wie eine israelische Militärsprecherin bestätigte. Nach israelischen Berichten wurden dabei

rund zwanzig Granaten abgefeuert. Sie schlugen nach Angaben der syrischen Beobachterstelle für Menschenrechte in der Nähe eines Stützpunktes der syrischen Regierungstruppen ein. Auf der israelischen Seite gab es nach Armeeangaben keine Verletzten. Das Skigebiet auf dem Hermon-Berg wurde geräumt. (dpa) FOTO: DPA

Bundeswehr – Die Weltordnung gerät aus den Fugen. Europa spart am Militär. Experten streiten über die Frage eines größeren Engagements der Armee

Das Drama kommt noch

VON JÜRGEN RAHMIG

BERLIN. Die Zahl der Konflikte weltweit hat dramatisch zugenommen, während Europa die Militärausgaben weiter senkt. 2014 war ein Jahr hektischen Krisenmanagements und das wird auch in diesem Jahr so sein. »2015 kommt der Hauptakt des Dramas«, sagte Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz am Montagabend in Berlin.

Ischinger spricht von einem Versagen der »global governance«. Die Weltordnung sei aus den Fugen geraten und keiner da, der versucht, Verantwortung zu übernehmen. Die Krise in der Ukraine und die islamistische Bedrohung in Syrien, im Irak, aber auch die Angst vor Anschlägen im eigenen Land beschäftigen die Bürger.

Dennoch beurteilt laut einer eigens für den erstmals veröffentlichten Münchner Sicherheitsbericht 2015 erstellten Umfrage von TNS Infratest die Mehrheit der Deutschen eine aktivere Rolle der Deutschen bei internationalen Krisen immer skeptischer. Nur 34 Prozent befürworten ein stärkeres internationales Engagement. Fast zwei Drittel (62 Prozent) lehnen es ab. Das korrespondiert derzeit

mit den Ausgaben für militärische Sicherheit: Allein zwischen 2010 und 2014 sind nach den neuesten Zahlen aus »The Military Balance 2015« für das Londoner Institut für Strategische Studien die Militärausgaben in Westeuropa um 8,4 Prozent zurückgegangen.

Nicht zum Moralexport

Der stellvertretende CSU-Parteichef Peter Gauweiler lehnt ein Engagement der Bundeswehr außer zur Selbstverteidigung strikt ab. »Die Bundeswehr wurde zur Landes- und Bündnisverteidigung gegründet und nicht zum Moralexport«, sagte er auf der Diskussionsveranstaltung der Sicherheitskonferenz in Berlin.

Damit befindet sich Gauweiler auf einer Linie mit der Partei Die Linke. Auch ihr Bundestagsabgeordneter Stefan Liebich sieht in verantwortungsvoller Außenpolitik kein größeres militärisches Engagement Deutschlands. Vielmehr gehe es darum, Konflikte frühzeitig zu erkennen, und »die Bereitschaft, in den Frieden zu investieren«. Liebich fordert eine Wiederbelebung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), um Konflikte wie den in

der Ukraine beizulegen. Dazu gehört laut Liebich auch ein internationaler Strafgerichtshof, »dem sich dann auch die Mächtigen dieser Welt unterwerfen müssen«.

Der CDU-Politiker und Vorsitzende der Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Norbert Röttgen, sieht einen Verzicht auf militärisches Engagement nur in einer »absolut friedfertigen Welt«. Davon sei man aber weit entfernt. Hart formulierte es der frühere deutsche Viersternegeneral Klaus Naumann: »Deutschland muss Abschied nehmen von hohlen Phrasen wie Kultur der Zurückhaltung.« Deutschland müsse sich alle Instrumente internationaler Politik offen halten, »damit wir Einfluss ausüben können, damit wir Kriege und Konflikte verhindern können und damit wir vielleicht irgendwann eine bessere Weltordnung erschaffen«.

Vom 6. bis 8. November findet die 51. Münchner Sicherheitskonferenz statt. In einer gerade erst bekannt gewordenen Studie der Universität von Pennsylvania (USA) rangiert die Münchner Sicherheitskonferenz, erneut auf Platz 1 der besten Think Tank-Konferenzen der Welt. (GEA)

INTERVIEW Peter Gauweiler will Bundeswehr stärken

Mehr Ressourcen

DAS GESPRÄCH FÜHRTE JÜRGEN RAHMIG

BERLIN. Der stellvertretende CSU-Parteichef Peter Gauweiler sieht das militärische Engagement Deutschlands in Ländern und Regionen wie Afghanistan nicht nur äußerst kritisch, sondern er lehnt es kategorisch ab. Er fordert die Beschränkung auf die Selbstverteidigung, sieht diese aber durch den Abbau von Fähigkeiten dazu in den vergangenen Jahren gefährdet.

GEA: Herr Gauweiler, sie sind strikt gegen ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands auf der Welt, fordern aber gleichzeitig mehr Geld beziehungsweise mehr Ressourcen für die Bundeswehr. Wie passt das zusammen?

Peter Gauweiler: Man muss die Bundeswehr und ihre rechtliche und tatsächliche Situation im Vergleich zu den anderen Armeen auf dieser Welt am besten mit den Selbstverteidigungskräften Japans vergleichen. Eine strikte Begrenzung der Aufgabe, aber ein Ja zur Notwendigkeit der Verteidigung und der Verteidigung im Bündnis. Im Vergleich der japanischen Selbstverteidigungskräfte und der Bundeswehr schneidet die Bundeswehr schlechter ab, weil sie in den letzten zehn Jahren wertvolle technische und personelle Ressourcen verloren hat, was in Japan nicht der Fall ist. Wenn die Bundeswehr ihren zentralen Auftrag, nämlich die Abschreckung, beibehalten soll, müssen wir sie auch mit der entsprechenden Technik und mit dem entsprechenden Personal ausstatten.

Also mehr Geld für die Bundeswehr? Gauweiler: Mehr Technik, mehr Personal.

Nun ist es aber so, dass die Japaner in keinem mit der Nato vergleichbaren mächtigen Bündnis Mitglied sind.

Gauweiler: Die Japaner sind Mitglied der Ostasiatischen Allianz. Ihr zentraler Bündnispartner auf der anderen Seite des Pazifik sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit uns jenseits des Nordatlantiks verbunden sind. Die Situation von Japan ist fast spiegelbildlich, insbesondere auch im historischen Vergleich. Unmittelbar auf die Verteidigung ausgerichtet, unmittelbar auch die Bündnissolidarität. Dies setzt aber eine entsprechende Logistik und ein entsprechendes Personal voraus. Wir brauchen das, so wie man für den vorbeugenden Brandschutz einen Feuerlöscher braucht. (GEA)

Griechenland – Rasche Regierungsbildung in Athen. Und gleich gibt es die erste Botschaft an die Geldgeber

Spar-Gegner am Ruder

ATHEN. Der neue griechische Regierungschef Alexis Tsipras hat in seinem Kabinett zwei scharfen Kritikern der Sparpolitik die Zuständigkeit für Finanzen gegeben.

Der 53-jährige Ökonom Giannis Varoufakis soll als Finanzminister Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern führen, teilte ein Regierungssprecher gestern mit. Der 66-jährige Giannis Dragasakis wird als stellvertretender Regierungschef die Aufsicht über den gesamten Bereich Finanzen und Wirtschaft haben und auch an den Verhandlungen mit den Geldgebern teilnehmen.

Tsipras ernannte sein Kabinett nur zwei Tage nach dem Wahlsieg seines Linksbündnisses Syriza, das nun mit den

Rechtspopulisten der Unabhängigen Griechen regiert.

Varoufakis und Dragasakis setzen sich beide vehement für das sofortige Ende der Sparpolitik ein und sehen einen Schuldenschnitt als einzige Lösung für den 320 Milliarden Euro großen Schuldenberg Griechenlands. Verteidigungsminister wird Panos Kammenos, der Chef der Unabhängigen Griechen und Koalitionspartner in der Links-Rechts-Regierung.

Die Euro-Partner lehnen einen neuen Schuldenschnitt für Griechenland ab. Für einen Forderungsverzicht gegenüber Athen gebe es nicht viel Unterstützung, hatte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem in Brüssel erklärt. (dpa) Seite 32



Blehbüchsenarmee

KARIKATUR: TOMICEK